

06.06.2012 – PM 39/2012

Woche der Umwelt

IG BAU fordert stärkere Anstrengungen beim Klimaschutz und der Energiewende

Berlin - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) betont anlässlich der Woche der Umwelt, dass Bauen und Umweltschutz zusammen gehören. „Bauen ist nicht nur Beton“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel am Mittwoch (für die Red. 6. Juni 2012) auf der Veranstaltung im Schloss Bellevue. „Klimaschutz und Energiewende bringen eine Menge Herausforderungen mit sich, auch im Baubereich. Das Gelingen der Projekte hängt ab von dem Können der Fachkräfte auf den Baustellen. Für die Beschäftigten stellt die Energiewende eine Chance dar.“

Mit 40 Prozent entfällt der größte Anteil des Energieverbrauchs in Deutschland auf Gebäude. Mit Sanierungsarbeiten lässt sich in diesem Bereich deshalb der CO₂-Ausstoß besonders effizient verringern. Für die energetische Gebäudesanierung hat die Bundesregierung für dieses Jahr 1,5 Milliarden Euro KfW-Fördermittel zugesagt. Eine Maßnahme, die zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung wichtig ist. Gleichzeitig sichern und schaffen diese Investitionen qualifizierte Arbeitsplätze vor allem bei kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben. Bei konsequenter Verfolgung der Klimaziele können insgesamt 630 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Die IG BAU fordert von der Regierung, diesen Weg weiter zu verfolgen und für Investoren Planungssicherheit zu schaffen. Die Fördermittel müssen verstetigt und gleichzeitig auf zwei Milliarden Euro aufgestockt werden. „Ohne eine verlässliche Förderung gerät die energetische Gebäudesanierung ins Stocken“, warnte Wiesehügel. Zudem kritisierte er die Hängepartie bei der steuerlichen Förderung von Modernisierungen. Diese liegen seit Monaten dem Vermittlungsausschuss zwischen Bund und Ländern vor. „Eine sozial ausgewogene steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ist ein notwendiger Anreiz für Eigentümer, in Energiesparmaßnahmen zu investieren“, betonte der IG BAU-Bundesvorsitzende.

Ebenso zeigt die Energiewende, dass Umweltschutz und Bauen keine Gegensätze sind. Chancen für die Beschäftigten entstehen unter anderem durch das Errichten von Windkraftparks, den Ausbau des Stromnetzes und durch den Rückbau alter Kraftwerke. Allein für den Netzausbau rechnet die Bundesregierung mit Investitionen von 20 Milliarden Euro. Als Faustregel gilt, eine Milliarde Euro Bauinvestitionen schafft bzw. sichert 20 000 Jobs pro Jahr. Dabei plädiert die IG BAU für die Berücksichtigung der Anwohnerinteressen. „Es ist nachvollziehbar, wenn sich Eigentümer gegen Hochspannungsmasten neben ihrem Haus wehren, die ihren Besitz entwerten“, sagte Wiesehügel. „Um die Akzeptanz für die Energiewende nicht zu gefährden, müssen solche Bedenken ernst genommen werden.“ Wo solche Interessenkonflikte bestehen, stellen aus Sicht der IG BAU Infrastrukturkanäle eine sinnvolle Alternative zu Strommasten dar. „Die Technik ist vorhanden“, sagte Wiesehügel. Höhere Kosten lässt er als Gegenargument nicht gelten. „Der Zeitplan für die Energiewende ist eng. Dafür muss die notwendige Infrastruktur geschaffen werden. Wenn sich durch Infrastrukturkanäle langfristige Genehmigungsverfahren für den Stromnetzausbau abkürzen lassen, sollte es das wert sein.“

(3151 Zeichen)